

369



Der
Freiheits-
kämpfer

Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit

57. Jahrgang – Nr. 18 – Oktober 2006

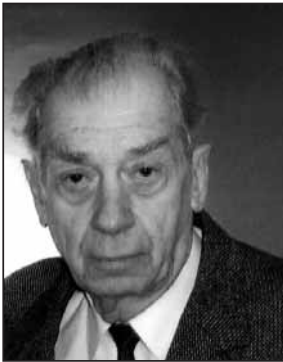
Ungarn-Aufstand 1956

Das vergessene
Mahnmal in Dachau

Wahl 2006



Hubert Jurasek



NR-Wahl am 1.10.2006

Für Österreichs Souveränität, Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung haben wir gegen die braune Pest des Nationalsozialismus gekämpft und gelitten. Am 1. Oktober 2006 sind die österreichischen Staatsbürger als Souveräne aufgefordert und berechtigt, einen neuen Nationalrat zu wählen. Welche Aufgaben der Nationalrat hat, ist schon wiederholt dargelegt worden (z.B. FK Nr. 3 vom September 1999). Unter anderem wählen wir einen Repräsentanten, der als mein Stellvertreter über Sachen entscheidet, die mich angehen; ich möchte, dass mein Stellvertreter meine Werte teilt und so entscheidet wie ich. Nach der Nationalratswahlordnung werden bei uns im Wesentlichen nicht Personen, sondern von wahlwerbenden Gruppen aufgestellte Programme und Personenlisten gewählt.

Politische Führung heißt, den Menschen davon zu überzeugen, dass mein (dh. Politiker) Weg in die richtige Richtung geht und er so gute Argumente ins Feld führen kann, dass so viele wie möglich wollen, dass es in diese Richtung geht. Führen hat eine hochgradige menschliche psychologische Komponente. Job eines Politikers ist es das zu formulieren, was andere nicht formulieren können. (Marco Altaus „Solche Führer wie du und ich“ in Fu vom 1. Juni 2006, S. 23.)

Um den mir genehmen Vertreter in den Nationalrat zu bekommen, ist es erforderlich, gültig aber auch effizient zu wählen; das heißt, meine Stimme nur jener Kandidatenliste, jener wahlwerbenden Gruppe zu geben, von der ich auch annehmen kann, dass sie genügend Stimmen bekommt, um überhaupt in den Nationalrat einzuziehen zu können. Als Mitglied eines der ÖVP nahe stehenden Verbandes können wir ebenso wie aus Weltanschauungsgründen nur die ÖVP wählen. Eventuellen Kleinparteien „Proteststimmen“ zu geben, heißt, seine Stimme wegwerfen oder auf die Wahl zu verzichten. Es hat keinen Sinn irgendwelche Listen zu wählen, die bisher nicht im Nationalrat vertreten waren, denn es ist anzunehmen, dass diese die Hürde zur Wahl zum Nationalrat nicht schaffen werden.

Mit größter Wahrscheinlichkeit werden den Einzug in den Nationalrat jene Parteien schaffen, die schon bisher im Nationalrat vertreten waren. Das sind die ÖVP, die SPÖ und die Grünen. Die Freiheitlichen, die zeitweise sogar die zweitstärkste Partei im Nationalrat waren, sind zu einem Problemfall geworden. Für ganz Österreich wahlwerbende Gruppen sind weiters die KPÖ und die Liste „Hans Peter Martin“; daneben gibt es in einzelnen Bundesländern kleine wahlwerbende Gruppen. Dass eine dieser genannten Gruppen in den Nationalrat wird einziehen können, ist äußerst unwahrscheinlich.

Die von Haider seinerzeit angezettelte Palastrevolution hat zu einer Zerreißprobe der Freiheitlichen geführt (FK Nr. 6 S 2 „Wer, wenn nicht er?“). Bei den Neuwahlen in den österreichischen Nationalrat am 24. 11. 2002 haben die Freiheitlichen nahezu zwei Drittel ihrer Stimmen und Mandate verloren, während die anderen drei Parteien dazu gewonnen haben, am meisten die ÖVP (siehe FK Nr. 7 S 2 „Mit Schüssel von Erfolg zu Erfolg“).

Protest und Populismus sind nicht mehr wie bei den Wahlen zum Wiener Landtag am 25.3.2001 wahlentscheidend gewesen. Vielmehr ist den Freiheitlichen der Spagat

zwischen Regierungsverantwortung und Oppositionsverhalten nicht gelungen (FK Nr. 2 S 2 „Protest und Populismus in Wien wahlentscheidend“). Eine Regierungsbeteiligung senkt die Wahlerfolge populistischer Parteien beträchtlich, denn der Schwenk von einer mit unerfüllbaren Forderungen und Versprechungen durchsetzten Protestpolitik zur konstruktiven Koalitionsarbeit vermag den Protestwähler nicht zu überzeugen (Susanne Frölich-Stecken „Populisten an der Macht“ Buchbesprechung im Ac 2/2006, S 44). Nunmehr ist die FPÖ in zwei Teile zerrissen. Einerseits die weiter unter FPÖ firmierende Gruppe um Strache, andererseits die Gruppe um Haider; bei den Landtagswahlen in Wien am 23.10.2005 haben die Freiheitlichen unter Führung Straches 5,7 % der Stimmen und 8 Mandate verloren, sind aber immerhin noch in den Landtag eingezogen (siehe FK 15, S 7 „Roter Oktober?“). Niemand nimmt dem BZÖ noch ab, dass es Anwalt des Mittelstandes wäre, sie könnte bestenfalls mit Mühe ein Kärntner Grundmandat erzielen (Fu vom 3. November 2005, S 3 „Schwarz-Bunt in Bedrängnis?“). Die Kündigung des Arbeitsübereinkommens zwischen Haider und den Sozialdemokraten in Kärnten wird ebenfalls Haider eher schaden

als nutzen (siehe SK Nr. 1 – 3/2006 Titelstory „Endlich: Reiner Tisch in Kärnten“). Spannend und möglicherweise wahlentscheidend wird sein, wie sich die bisherigen FPÖ-Wähler verhalten. Für uns ist jedenfalls Straches FPÖ mit ihrer menschenfeindlichen Propaganda nicht wählbar.

Die Grünen in Deutschland haben sich von Anfang an zu ihrer Marxistischen Vergangenheit bekannt (siehe Interview mit Daniel Cohn-Bendit, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Europaparlament „Schickt Helmut Kohl nach Kärnten“ in Fu vom 16.3.2006 S 9). Der Grüne Joschka Fischer, zur Zeit der EU-Sanktionen gegen Österreich Deutscher Außenminister, war einer der aggressivsten Gegner Österreichs; sein Ton war derart, dass sich unserer Vorstandsmitglied Botschafter i.R. Staatssekretär a.D. Dr. Ludwig Steiner veranlasst gesehen an, an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt der BRD zu schreiben (siehe FK 1/2000, S 5, „Beispielloser Eingriff“). Die Grünen-Chefin in Berlin-Kreuzberg Claudia Roth forderte mit dem Koran in der Hand den Ersatz katholischer durch islamische Feiertag (siehe Ku vom 14.4.06, S 6 „Multi-Kulti, die Lebenslüge ist gescheitert“). Rot-grüne Parteien haben an dem ersten Kongress

der „Europäischen Linken“ Ende Oktober 2005 in Athen teilgenommen (siehe MR Jänner/Februar 2006, S 2). Erst anlässlich der Wahlen in Wien am 23.10.2005 sind die Grünen, die laut Peter Pilz in der Presse vom 12.10.2005, S 3, in einem Bundesland ohne Städte und Universitäten es schwer haben, (siehe FK Nr. 15, S 7 „Roter Oktober?“) aus ihrer Reserviertheit hervorgetreten. So forderte der grüne Bezirksrat von Wien-Alsergrund Erich Eder die Abschaffung des Konkordates mit dem Vatikan (Fu vom 17.11.2005, S 8). Die Wiener Spitzenkandidatin der Grünen Maria Vassilakou ist gegen jeden Flirt mit der ÖVP, auch deren Wiener Landesversammlung hält eine Koalition mit der ÖVP für völlig unvorstellbar, denn wer bei der Nationalratswahl Schüssel wählt, bekommt Strache dazu (siehe Pr vom 23.10.2005, S 3 „Vassilakou: Kein Grün-Flirt mit ÖVP“ und Pr vom 7.11.2005, S 2 „Klare Antwort auf grüne Gretchenfrage“). Die Grünen in Österreich sind auch zumindest mitbeteiligt an der Aufnahme der aus sexuellen Gründen Verurteilten in die Liste der Opfer des Nationalsozialismus, wobei sie die Bezeichnung „sexuelle Orientierung“ so aufzufassen scheinen, dass darunter sowohl Homo- als auch Bi-Sexuelle anzusehen sind; haben sie dabei bedacht, dass darunter auch Schänder, Notzüchtler usw. fallen, die schon nach dem alten österreichischen Strafgesetz der Monarchie vom 27.5.1852 §§ 125 ff strafbar gewesen sind (siehe Anfrage der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits an das Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generation und Konsumentenschutz betreffend Anerkennung Homo- und Bisexueller Opfer des Nationalsozialismus im Opferfür-

sorgegesetz und im ASVG, XXII GP-NR 3537/j). Andreas Unterberger hat zumindest die Grünen in Wien treffend als eine „Partei für Studenten und Künstlerzirkel“ charakterisiert, weil sie „von Erwachsenen nicht ernst genommen wird“ (siehe WT von 4/2005, 1/2006, S 6). Die Grünen sind, meint Herbert Kaspar in Ac intern 2/2006 „Politische Supermacht“ in ihrem Wiener Kern immer noch stark links pubertierend, wenngleich sie in den Bundesländern da und dort durchaus konstruktive Politik machen. Das Verhalten der Grünen in Wien bezeichnet Sofic als ein „gutes Beispiel einer Partei, die als extreme oder radikale Linke bezeichnet werden kann“ (siehe 105er, 2/2006, S 4). Vielleicht wird einmal den Protestwählern unter den Schülern und Lehrern insbesondere in den Bezirken 7 und 8 klar, dass sie mit ihrer Stimmabgabe für die Grünen nicht nur gegen die Schulpolitik der ÖVP demonstrieren, sondern auch den Grünen mehr Macht geben.

Der SPÖ ist es gelungen, dafür zu sorgen, dass der BAWAG-Skandal vor den Wahlen in den Wiener Landtag vor dem 23.10.2005 nicht zu sehr bekannt wird (FK 15, S 7). Durch die BAWAG Affäre wurden alle seit langem schwelenden ideologischen Ungereimtheiten, die mühsam verdeckten Bruchlinien der Sozialdemokratie jäh ans Licht gezerzt (Fu vom 4.5.2006, Titelseite). Durch die BAWAG Dividenden, die dem ÖGB zugeflossen sind, ist viel zugedeckt worden. Die leitenden Funktionäre sind fürstlich entlohnt worden. Man kann aber nicht der Führungsriege noch Zusatzpensionen geben, wenn auf der anderen Seite es betriebswirtschaftlich nicht leistbar ist.

Ein Umfrage hat ergeben, dass 70 % den ÖGB mit der SPÖ in Verbindung bringen (siehe Wiedergabe einer Diskussion zwischen dem Politologen Emmerich Tálos und dem Direktor der Politisch Akademie der ÖVP Günther Burkert-Dottolo in Fu vom 27.4.2006, S 4 ff). „Die BAWAG und andere Baustellen im ÖGB“. Durch den BAWAG-Skandal ist unter Beweis gestellt, dass viele SPÖ-Funktionäre offenkundig nicht wirtschaften können (Leopold Scherer, Obmann des Wiener Seniorenbundes in „ab 5-zig Nr. 4/6, S 2). Eine Klage der SPÖ gegen Plakate und Inserate der ÖVP, in denen festgestellt wird, dass Gusenbauer und die SPÖ nicht wirtschaften können, ist mit Beschluss des Handelsgerichtes Wien abgewiesen worden (Ex 7/8 – 2004, S 7). Wer unter Verwendung von „Heuschrecken-Rhetorik“ versucht, österreichische, rot-weiß-rote Arbeitnehmerinteressen gegen andere auszuspielen, sitzt schon in der Populismusfalle (Fu vom 30.3.2006, Titelseite). Die Profit- und Luxusmentalität hat nicht nur BAWAG und ÖGB an den Rand der moralischen Bedenklichkeit gebracht, meint Gerfried Sperl in der Printausgabe vom Standard vom 29.4.2006 (siehe Ac vom Juni 2006, S 29). Die BAWAG-Affäre hat aber auch die SPÖ an den Rand ihrer Zerstörung gebracht. Nur mit Mühe haben die Differenzen zwischen Partei und der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter gekittet werden können. Eine Partei, die in sich uneins ist, wird immer an Erfolg verlieren. Die Skandale, die rings um das Bekanntwerden der BAWAG-Affären zu Tage gekommen sind, sind wohl größere Eiterbeulen, als jene die in der Steiermark zur Niederlage der ÖVP geführt haben

(siehe FK 15, S 7 „Roter Oktober?“).

Durch mehrere Wahlperioden hat die ÖVP mit Dr. Schüssel den Bundeskanzler gestellt. In der Bundesrepublik Deutschland war dies für Schröder und seine Partei ein Malus; aber, so schrieb Rudolf Mitlöhner in der Fu vom 26.5.05, Titelseite „Wien ist nicht Berlin“, Schüssels Position in der eigenen Partei ist wesentlich komfortabler als es die Schröders gewesen ist. Schüssel hat mit „Speed-Kills“ angefangen und macht jetzt ganz auf Staatsmann. Er hatte beide Hände voll zu tun, Österreich zu dem Musterland zu machen, von dem der Bayrische Wirtschaftsminister Erwin Huber sagen konnte, dass sich angesichts der Erfolge Schüssels deutsche Österreicher Witze künftig erübrigen (Walter Homolka, Leiter des europäischen Rabbinerseminar in Potsdam, in der Fu vom 3.7.2006 S 10 „Eine Diva tritt ab“). „Ösis auf der Überholspur“ schreiben deutsche Medien seit Monaten voll Neid. Österreicher sind reicher als die Deutschen, haben ein besseres Wirtschaftswachstum und eine niedrigere Arbeitslosenrate. Für die Politik, die die Koalition umgesetzt hat, muss sich im Großen und Ganzen niemand genieren. Die Arbeit in der österreichischen Politik findet auf einem Niveau statt, auf dem jeder deutsche Bundeskanzler außerordentlich gern arbeiten würde (Martina Salomon in Fu vom 12.5.2005, S 7 „Raunzen auf hohem Niveau“). Die noch vor zwei Jahren bestehende Angst um die Sicherheit der Pensionen ist im vergangenen Jahr deutlich geringer geworden, weil die Bundesregierung durch die seit dem Jahr 2000 beschlossenen Reformen die Pensionen in Österreich über das Jahr

2050 hinaus gesichert hat. Auch die Qualität des österreichischen Gesundheitssystems ist gewährleistet (ab 5-zig Nr. 5/06, S 3 „Sicherheit statt Angst“). Das Hamburger Magazin „Stern“ schreibt, ökonomisch haben die Österreicher die Deutschen längst überflügelt. Österreich sei es gelungen, die Arbeitslosigkeit niedrig zu halten (Ex 7/8-05, S 3).

Bei der kommenden Nationalratswahl könnten folgende Umstände von Bedeutung sein: Wie viele Parteien kandidieren überhaupt? Wohin werden diejenigen Wähler gehen, die mit der SPÖ unzufrieden sind? Was passiert mit den Wählern, die von den Freiheitlichen (Blauen) abgewandert sind? Es könnte durchaus sein, dass sich schon allein arithmetisch nach

den nächsten Nationalratswahlen auch in Österreich nur eine große Koalition ausgeht. Eine rot-grüne Regierung würde der Wähler nämlich bald enttäuschen, weil sie keine der in der Oppositionszeit angeprangerten „unsozialen Reformen“ rückgängig machen könnte. Rot-grün müsste im Wesentlichen den Kurs der abgewählten Regierung fortsetzen. Wie wollen die Grünen erklären, dass sie den bisher abgelehnten „menschenverachtenden“ neoliberalen Kurs plötzlich mittragen? („Koalition: Klein aber fein?“ in Fu vom 3.11.2005, S 6). Es ist wahrscheinlicher geworden, dass sich 2006 außer rot-schwarz bzw. schwarz-rot rechnerisch nichts ausgehen wird („Frühere Verhältnisse“, Fu vom 27.10.2005, S 9).

Wenn Sie sich voraussichtlich am Wahltag nicht in der Gemeinde, in deren Wählerverzeichnis Sie eingetragen sind, aufhalten, können Sie die Ausstellung einer Wahlkarte bei dieser Gemeinde (in Wien MBA) beantragen. Letzter Termin ist der 28.9.2006, bis dahin müssen auch schriftliche Anträge eingelangt sein. Wenn Sie ihre Wahlkarte persönlich bei ihrer Gemeinde beantragen, benötigen Sie einen amtlichen Lichtbildausweis (z.B. Pass, Führerschein). Sollten Sie Ihre Wahlkarte schriftlich beantragen, müssen Sie Ihre Identität auf andere Weise glaubhaft machen. Mit der Wahlkarte können Sie nur in den von der Gemeinde festgelegten Wahllokalen für Wahlkartenwähler ihre Stimme abgeben. Wenn Sie eine Wahlkarte beantragt

haben, dürfen Sie ohne diese Wahlkarte nicht wählen, auch nicht, wenn Sie sich am Wahltag in Ihrer Heimatgemeinde befinden. Im Inland können Sie keinesfalls vor dem Wahltag (1. Oktober 2006) wählen.

Ju. ■

Quellen, Zitate:

ab 5-zig: Zeitschrift des Wiener Seniorenbundes, Datum, Seite
 Ac: Academia, Datum, Seite
 Ex: Die Exekutive, Zeitschrift der Kameradschaft der Exekutive, Datum, Seite
 FK: Der Freiheitskämpfer, Datum, Seite
 Fu: Die Furche, Datum, Seite
 105-er: Zeitschrift des Wiener Cartellverbandes, Datum, Seite
 Ku: Kurier, Datum, Seite
 MR: Der neue Mahnruf, Datum, Seite
 Pr: Die Presse, Datum, Seite
 SK: Der Sozialdemokratische Kämpfer, Datum, Seite
 WT: Weißer Turm, Zeitschrift des AHLB Wien des ÖCV, Datum, Seite

SPÖ: Parteiinteresse vor Staatswohl!

„Mit der Preisgabe des Amtes des Ersten Präsidenten des Nationalrates hat sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs kein gutes Bild in den Augen der wirklichen Demokraten geschaffen. Sie hat am 4. März 1933 die Partei über den Staat gestellt.“ Erst dadurch konnte die Regierung Dr. Dollfuß den von sozialistischer Seite bis heute mit Hass verfolgten Ständestaat errichten.

Diese nachträgliche Einsicht des späteren SPÖ-Parteibornen, Vizekanzlers und Bundespräsidenten Dr. Adolf Schärf ist exakt die Definition des Verhaltens der sozialistischen/sozialdemokratischen Partei in den letzten Jahrzehnten. Sie hat in den Folgejahren immer wieder deutlich gemacht, dass das Wohl des Gesamtstaates gegenüber Parteiinteressen der SPÖ zurückzustehen hat.

Schon in den Jahren der Okkupation Österreichs durch das nationalsozialistische Deutsche Reich wurde von

SPÖ-Politikern im Ausland durch Interventionen bei den Westmächten verhindert, dass eine österreichische Exilregierung gebildet und ein österreichisches Bataillon zur öffentlichen Dokumentation des Willens zur Wiederherstellung Österreichs aufgestellt werden konnte. Bis 1945 war der Anschluss an ein (demokratisches) Deutschland mit einer sozialistischen Mehrheit ihr Parteiziel.

Gehen wir in die jüngere Vergangenheit: Als im Jahr 1986 für die SPÖ die Gefahr

bestand, das ihrer Ansicht nach ihnen zustehende Erbrecht auf den Posten des Bundespräsidenten zu verlieren, wurde unter Mithilfe ausländischer Organisationen eine Kampagne gegen Dr. Kurt Waldheim gestartet, indem man ihn als „Kriegsverbrecher“ der Weltöffentlichkeit darzustellen versuchte. Es ist der SPÖ nicht gelungen, Dr. Waldheim als Bundespräsidenten zu verhindern, aber der Schaden für unser Österreich mit den permanenten Vorwürfen des „Antisemitismus und der „nationalsozialistischen Vergangenheit sowie der Mitschuld Österreichs“ besteht weiterhin. Und wird von linken so genannten Historikern und Publizisten Aufrecht erhalten. Im Zusammenhang mit dieser Schmutzkübelaktion hat es sogar Verurteilungen linker Spit-

zenfunktionäre wegen falscher Aussagen gegeben. Für mich steht fest, dass durch diese Aktionen gemeinsam mit jüdischen Organisationen in den USA gegen unsere Heimat eine neue Einstellung zum Judentum in Österreich hervorgerufen worden ist.

Gehen wir in das Jahr 2000. Die Bildung der ersten Regierung Schüssel nicht unter der Leitung der SPÖ, ja sogar ohne Beteiligung der SPÖ, war für die Parteigranden der SPÖ so unvorstellbar, dass man über die Kanäle der sozialistischen Internationale und mit Unterstützung der damaligen österreichischen Staatsspitze die Aktionen gegen die neue, demokratisch gewählte Regierung Österreichs zu einer EU weiten Diffamierung und Boykottierung

initiierte. Dass es anders geht zeigt Italien. Als dort wenig später eine rechte Regierung an die Macht kam und insbesondere in Deutschland Anstalten zu Kritik oder ähnlichen Aktionen gemacht wurden, hat die gesamte politische Welt in Italien, von ganz rechts bis zu ganz links zu den Kommunisten, mit einer Stimme und mit klaren Worten jede Einmischung verboten. Dadurch wurde es sofort sehr still. Wäre dies vorher schon in Österreich gelungen, hätte die SPÖ zeigen können, dass Österreich und nicht ihre Partei über allem steht.

Wenn jetzt im Wahlkampf für den 1. Oktober 2006 wieder schöne Worte und Versprechungen aus der Richtung der SPÖ kommen, so müssen jedem denkenden Bürger diese lockenden Schalmeientöne zu denken geben. Die Regierungen Dr. Schüssel musste in den letzten Jahren in Korrektur der falschen sozialdemokratischen Werbepolitik oftmals unpopuläre Maßnahmen setzen um das Budget zu sanieren. Sie stellte das Staatswohl über die Machtinteressen einer Partei. Verantwortung für Österreich ist wichtiger als individuelle Utopien einer politischen Richtung! GK ■

Wahlwerbung a la SPÖ!

Wenn ich die Aussagen der SPÖ-Politiker und ihre Wahlwerbung höre und sehe, fällt mir eine Geschichte ein: Ein Mann stirbt und wird vom Petrus empfangen. Dieser lässt großzügig dem Verstorbenen die Wahl zwischen Himmel und Hölle. Dafür zeigt er dem Mann den Himmel und die Hölle. Im Himmel wird gebetet, jubiliert und gesungen. In der Hölle wechseln sich Gelage, Orgien und andere Unterhaltungen ab.

Der Verstorbene wählt nach dem Gesehenen und Gehörten die Hölle.

Als er in die Hölle kommt, ist von dem Gesehenen und Gehörten nichts mehr vorhanden. Er wird gepeinigt, muss viele Leiden erdulden und ist verzweifelt.

Ale er wieder Petrus sieht fragt er ihn über diese Entwicklung.

Petrus antwortet: Das war vor der Wahl!!! GK

Ungarn-Aufstand 1956

Vor 50 Jahren, nach dem Tode Stalins, ist es vorerst in Polen, dann auch in Ungarn zu Aufständen gegen die „mit eiserner Faust“ regierenden sowjetfreundlichen Kommunisten gekommen. Möglicherweise hat der durch den österreichischen Staatsvertrag 1955 erreichte Abzug der Roten Armee aus Österreich auch in Ungarn diesbezügliche Wünsche ausgelöst.

Wie vorher in Polen ist auch in Ungarn das den Sowjets ergebene ZK gestürzt worden, nach dem 20. Parteikongress der KPDSU gab der bis dahin an der Macht befindliche Rakosi das Amt des Ministerpräsidenten an Imre Nagy ab, der in dem Ruf gestanden ist, er verfolge einen neuen Kurs im Kommunismus. Rakosi hat nach kurzer Zeit Nagy wieder abgesetzt und die Macht übernommen. In der letzten Oktoberwoche des Jahres 1956 fingen die Studenten der Hauptstadt (Budapest) mit Demonstrationen an, und hörten nicht auf; immer wieder forderten sie Pressefreiheit, Reiseerlaubnis in den Westen, Erhöhung des Lebensstandards und – nach einer Riesen-Demonstration am 23. Oktober, an der über 100000 Menschen teil-

genommen haben – Meinungs- und Pressefreiheit (HD S 166 ff sowie FK vom Dezember 1986, S 11 „Volksaufstand in Ungarn 1956 – Neutralitätsprobe für Österreich“). Die Bevölkerung in Budapest hat nach dem Tag dieser Massenkundgebung angefangen, die Monumente zur Erinnerung an den „großen Stalin“ zu zerstören und gegen das Militär der sowjetischen Besatzungsmacht eine feindselige Haltung einzunehmen. Imre Nagy ist wieder an die Spitze der Regierung berufen werden. Ernő Gerő, Nachfolger Rakosis als Chef der Partei musste ebenfalls zurücktreten, an seiner Stelle hat die Funktion Janos Kadar übernommen.

Um den 27. Oktober stand ganz Westungarn nicht mehr unter der Kontrolle der KP. Der

„Eiserne Vorhang“ ist durchlässig geworden, im Laufe des Aufstandes sind etwa 300000 Ungarn nach Österreich geflüchtet. Die Sowjetunion hat mit Duldung Chruschtschows mit der ungarischen Regierung Nagy ein Abkommen geschlossen, nach dem Ungarn bis zum 31. Oktober 1956 von den sowjetischen Truppen geräumt werden sollte; es sollten freie Wahlen ohne sowjetrusische Beeinflussung stattfinden, auch nichtkommunistische Parteien sollten zu der Wahl zugelassen werden. Der im Jahr 1949 wegen Hochverrates zu lebenslanger Haft verurteilte Kardinal Mindszenty, deutscher Abstammung, der ursprünglich Josef Pehm heißen hat, ist befreit worden und hat in das politische Geschehen eingegriffen (HD S 165 f).

Am 1. November 1956, damals herrschte in Ungarn Waffenruhe – bekam die ungarische Regierung Kenntnis von sowjetischen Marschpositionen, über die Karpatenpässe rückten russische Verbände in Richtung Ungarn vor. Nagy kündigte daraufhin den Austritt seines Landes aus dem Warschauer Militärpakt der Ostblock-Staaten an, verkündete eine künftige Neutralität Ungarns ähnlich der österreichischen und erbat sich dazu die Hilfe der UNO. Am 2. November schickte Nagy seinen Verteidigungsminister Pal Maleter mit einer Verhandlungsdelegation zu den Russen, um mit diesen einen Stillstand der Operation auszuhandeln. Diese Delegation wurde von den Russen gefangen genommen und erschossen. Nagy wandte sich mit verzweifelter Aufruf an das so genannte Weltgewissen, jedoch vergeblich. Waren doch die beiden Großmächte USA und Großbritannien gerade zu dieser Zeit in die Suez-Krise verstrickt. Nagy flüchtete in die jugoslawische Botschaft in Budapest, Mindszenty in die der USA.

Niemand hat damals gewusst, wo und an welcher Stelle die sowjetischen Panzer Halt machen werden (HD S 170).

Für Österreich unter der Kanzlerschaft von Julius Raab ist die ungarische Revolution die erste große Bewährungsprobe gewesen (GÖ S 242 f.) In einem couragierten Appell hatte Österreich am 28.10.1956 die Sowjetunion aufgefordert „mitzuwirken, dass die militärischen Kampfhandlungen abgebrochen werden und das Blutvergießen aufhöre. Gestützt auf die durch die Neutralität gesicherte Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs tritt die österreichische Bundesregierung für eine Normalisierung der Verhältnisse in Ungarn mit dem Ziele ein, dass durch die Wiederherstellung der Freiheit im Sinne der Menschenrechte der europäische Friede gestärkt und gesichert werde“ (FÖ S 310). Figl hatte als Außenminister den Sowjets klarzumachen, dass das an der Grenze eingesetzte Bundesheer über einen klaren Schießbefehl verfüge, der seine Gültigkeit auch für den Fall des Übertritts von Sowjetverbänden hätte (F 100, S 46). Als der sowjetische Außenminister Mikojan nach Österreich gekommen ist, um eine Strafpredigt zu halten und Österreich darüber aufzuklären, wie sich die große Sowjetunion die Neutralität vorstelle, ist es Figl gelungen, ihn von diesem Thema abzulenken (FÖ S 309). Die Verlegung des Bundesheeres an die Grenze ist von der Bevölkerung mit Vertrauen und Begeisterung angenommen worden und war zur Beruhigung und zur Bewältigung des großen Flüchtlingsstromes dringend notwendig (LSt. S 270).

Figl brachte in der UNO als Außenminister eine Resolution ein, in der humanitäre



Budapest, Denkmal Erzherzog Josefs

Hilfsmaßnahmen für Ungarn gefordert wurden; diese Resolution ist ohne Gegenstimme aufgenommen worden. In der Ungarndebatte am 22.11.1956 sagte Figl: „Wir haben vom ersten Tag an versucht, die Not in Ungarn zu lindern und unsere menschliche Pflicht als Nachbarland erfüllt ...“. Figl präzisierte auch die Grenzen der Neutralität: „Ideologische Bindungen sind im Begriff der österreichischen Neutralität nicht enthalten. Die Neutralität bindet lediglich den Staat und nicht den Staatsbürger ...“. Der Beifall war stark (FÖ S 310 f).



Der Vizepräsident und der Außenminister – nach der Ungarnkrise besuchte Richard Nixon im Dezember 1956 in offizieller Mission Wien.



Budapest, Petöfi-Denkmal

Noch bis zum 10. November 1956 wurde da und dort in Ungarn gekämpft.

Auf eine so große Flüchtlingswelle war Österreich nicht vorbereitet. Es mussten daher Vorkehrungen für diese Flüchtlinge getroffen werden. Zur Zeit der Ungarnkrise habe ich als Polizeioberkommissär im Vereinsbüro der Bundespolizeidirektion Wien Dienst gemacht, das ein Teil der Abteilung I. gewesen ist. Ende Oktober 1956 erhielt ich vom zuständigen Leiter der Abteilung I. die Weisung, das Bundesheer habe vor kurzem die Stiftskaserne in Wien 7. geräumt, ich

solle ein Flüchtlingslager vor allem für Frauen und Kinder errichten; es gebe keine Budgetmitteln. In Verhandlungen mit dem Bundesheer konnte ich erreichen, dass das Bundesheer Bettgestelle, leere Strohsäcke, Kücheneinrichtung mit Verpflegung für die ersten Tage zur Verfügung stellte. Von der Landwirtschaftsverwaltung der Stadt Wien erbettelte ich Stroh zum Füllen der Strohsäcke. Ich versuchte die Lagereinrichtung und den Lagerbetrieb durch Spenden zu organisieren und habe mich an die verschiedensten Hilfsorganisationen gewandt. Als die Rote Armee bereits Budapest besetzt hatte, ist es mir gelungen, dank der Mithilfe der Flugüberwachung ein Flugzeug aus Großbritannien in Wels zur Landung zu veranlassen, die im Flugzeug befindlichen Spenden, hauptsächlich Textilien, konnte ich an „meine Flüchtlinge“ zu Weihnachten verteilen.

Die Polizeibeamten sollten jeden Flüchtling über den Fluchtgrund befragen und vernehmen. So bekamen wir ein Bild vor allem von den Kampfhandlungen in Budapest, aber auch von der Lage an der Staatsgrenze. Ebenso hatten wir nach der „Beruhigung“ der Lage in Ungarn Rückkehrwillige zwecks Ausstellung dementsprechender Papiere zu befragen, dabei erfuhren wir u.a., dass zahlreiche schon in den USA befindliche Ungarnflüchtlinge mit dem Flugzeug von den USA nach Österreich zurückgeschickt worden sind, teils wegen Krankheit, teils als kriminell verdächtig. Österreich durfte diese Flüchtlinge nicht ohne deren Einverständnis nach Ungarn zwangsweise zurückbefördern. Nur Schweden und die Schweiz sind bereit gewesen, einen Teil dieser Flüchtlinge aufzunehmen.

Anfang 1957 ist die Wiener Stiftskaserne wieder vom Bundesheer übernommen worden. Ein nun nicht mehr für Flüchtlinge aus Ungarn, sondern für alle Flüchtlinge bestimmtes Lager ist in die ehemalige Kadettenschule nach Traiskirchen verlegt worden, wo es sich noch heute befindet.

Ju. ■

Quellen:

F 100: 100 Jahre Leopold Figl „Glaubt an dieses Österreich“, herausgegeben von Johannes Dorrek u.a., 2003

FK: Freiheitskämpfer, Datum, Seite FÖ: „Figl von Österreich“ von Ernst Trost, Verlag Fritz Molden, 1972

GÖ: Große Österreicher, herausgegeben von Thomas Chorher, Verlag Carl Überreuther, Wien 1985

HD: Heinrich Drimmel „Gott sei uns genädig, die Welt von Josef Stalin bis Jimmy Carter“, Verlag Amalthea, 1979

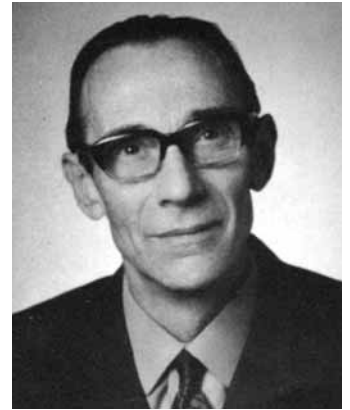
LSt: Ludwig Steiner „Der Botschafter, ein Leben für Österreich“, Verlagsanstalt Athesia, Bozen 2005

Pater Anton Pinsker SJ, ein begnadeter Jugendseelsorger

Pater Anton Pinsker, am 12.2.1906 in Wien geboren, trat nach dem Gymnasialstudium in Klosterneuburg 1924 in St. Andrä im Lavanttal ins Noviziat der SJ ein. Nach dem Philosophiestudium in Pullach studierte er in Innsbruck Physik und Mathematik. Am 26.7.1935 zum Priester geweiht, ist er als Jugendseelsorger in Salzburg St. Elisabeth und als Katechet tätig gewesen. 1939 von der Schule verwiesen ist er am 27.8.1940 im Zuge der Aufdeckung der Salzburger Widerstandsgruppe „Heimatfront“, die auch die illegale gegen die NS gerichtete Flugschrift „Hör zu“ herausgegeben und in der Pfarr-

jugend von St. Elisabeth verbreitet hat, wegen Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet und in der Folge wegen Unterlassung der Anzeige vom Volksgericht in Salzburg verurteilt worden. Am 22.3.1943 enthaftet wurde er in der Folge Gau verwiesen.

Als Jugendseelsorger in Wien und Klosterneuburg kehrte er 1946 wieder nach Salzburg zurück, wurde Superior der Jesuitenniederlassung und Pfarrer in St. Elisabeth. 1950 zum Rektor des Freienberger Kollegs ernannt, eröffnete er die 1938 aufgehobene Schule und unterrichtete eine Vielzahl von Fächern. 1955 bis 1961 war er



Provincial der österreichischen Ordensprovinz. Bis zu seinem Tode leitete er das Archiv der österreichischen Provinz. Am 30.6.1989 ist er in Wien gestorben und im Grab der Universitätskirche Wien bestattet. Ju. ■

Das vergessene Mahnmal in Dachau

Im Juni dieses Jahres erreichten uns zwei Schreiben aus Deutschland, in denen uns über die Existenz eines Mahnmals für die österreichischen Opfer am Waldfriedhof in Dachau berichtet worden war. Dieses Mahnmal wurde von der „Kameradschaft der politisch Verfolgten in der Österreichischen Volkspartei“ gemeinsam mit dem „Bayrischen Entschädigungsamt“ am Waldfriedhof in Dachau angeblich im Jahr 1050 errichtet. Wir waren im Vorstand des Kuratoriums überrascht, da wir alle von der Existenz dieses Denkmals keine Ahnung hatten. Das „Bayrische Entschädigungsamt“ besteht nicht mehr. Erst bei der Sitzung des Kuratoriums im Juni 2006 erinnerte sich Kamerad Paul Krämer, bei der Enthüllung und Einwei-

hung dieses Denkmals anwesend gewesen zu sein. Es war die einhellige Auffassung im Kuratorium, alles zu unternehmen, um im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten unserer Kameradschaft dieses Mahnmal wieder in einen würdigen und repräsentativen Rahmen renovieren zu lassen.

Ein Besuch in Dachau mit einem Ortsaugenschein sowie in Gesprächen mit Frau Eleonore Philipp und Herrn Walter Gresser, die uns mit ihren Brie-



Copyright Hans Philipp

fen auf die Existenz des Denkmals aufmerksam gemacht hatten, wurde der Wille unserer Kameradschaft dargelegt, das Denkmal zu restaurieren, um es deutlicher der Nachwelt zur Erinnerung zu übergeben.

Das Mahnmal steht an einer wunderschönen Stelle unter alten und hohen Bäumen. Der fast

natur belassene Stein ist insbesondere an den liegenden Stellen stark vermoost und die Schrift ist derzeit nicht lesbar.

Bei einem Steinmetzbetrieb habe ich einen Kostenvoranschlag angefordert und ihn auch mit der Wiederlesbarmachung die Feststellung des Textes beauftragt. Mit der Bayrischen Staatsregierung werde ich wegen einer Beteiligung an der Renovierung in Kontakt treten und auch die Stadt Dachau zeigt Interesse an der weiteren Entwicklung.

Frau Philipp und Herr Gresser haben mir freundlicher Weise ihre weitere Hilfe vor Ort zugesagt. Wir werden über den Fortschritt weiterhin berichten.

GK ■

Dr. Alois Kermer gestorben

Am Dienstag, dem 1. August 2006 ist unser lieber Kamerad, unser tüchtiges Vorstandsmitglied, der Leiter der Landesgruppe Niederösterreich, wirklicher Hofrat i.R. Dr. Alois Kermer gestorben. Über ihn, und seinen Werdegang und seine Tätigkeit bei uns ist bereits wiederholt berichtet worden, so anlässlich seines 80. Geburtstages (geb. 22.10.1913) in FK vom Dezember 1993, S 4, wo wir auch seine schwere Jugend, Studium und Tätigkeit geschildert haben; weiters anlässlich seines 90. Geburtstages im FK vom Dezember 1998, FK 8/2003, S 8.

Die große Trauergemeinde, die ihm am 11. August ab 14:00 Uhr auf dem Stadtfriedhof in Gänserndorf das letzte Geleit gegeben hat, zeugt von der Beliebtheit und der emsigen Tätigkeit unseres Kameraden Kermer bis in seine letzten Lebensstage. In der Aufbahrungshalle des Stadtfriedhofes verabschiedete sich als

erster der ehemalige Bezirkshauptmann von Neunkirchen namens der niederösterreichischen Landesregierung und deren Beamtschaft. Er wies auf die schwere Kindheit, die Schwierigkeiten beim Studium und Berufsbeginn und auf seinen steilen Aufstieg und den großen Fleiß des Kameraden Kermer hin. Als zweiter dankte der Kommandant des Roten Kreuzes des Bezirkes Gänserndorf Kermer für sein emsiges Bemühen unter anderem eine neue Bezirksstelle des Roten Kreuzes zu errichten.

Namens unserer Organisation und namens der Katholischen Couleurstudenten im MKV und CV verabschiedete ich mich von Kamerad Kermer. Schon während seiner Mittelschulzeit ist er in Klosterneuburg der MKV-Verbindung Arminia beigetreten und während seines Studiums in Hollabrunn der dortigen Arminia. Gleich nach Ablegen der Matura 1934 ist er der in Klosterneuburg sesshaften ka-

tholisch-akademischen Verbindung Welfia im CV beigetreten. In all diesen Verbindungen ist er stets sehr aktiv gewesen. Namens dieser drei Verbindungen sprach ich ihm unseren Dank aus. Gedankt habe ich ihm auch für seine hervorragenden Leistungen für unseren Verband bis in die letzte Zeit. Noch im Mai dieses Jahr veranstaltete er eine Bildungsreise durch Kärnten.

In der an die Begräbnisfeierlichkeiten anschließenden heiligen Messe in der Stadtpfarrkirche baten wir bei den Fürbitten den Herren vor allem darum, er möge Kermer im Jenseits all das vergelten, was er Gutes auf Erden getan hat. Der Stadtpfarrer wies auf die großen Verdienste Kermers beim Neubau der Pfarrkirche hin.

„Sein von christlichen Glauben geprägtes Leben war erfüllt von Liebe zur Familie, Freude und hohem Verantwortungsbewusstsein in sei-



nem Beruf und darüber hinaus vom Einsatz für seine Mitmenschen, vor allem im Rahmen des Roten Kreuzes und der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich“, heißt es ausdrücklich in der Parte. Er hat mit seinen 93 Jahren ein langes uns erfülltes Leben gehabt. Wir danken Kamerad Kermer für seine hervorragende Tätigkeit im Rahmen auch unserer Organisation und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Fiducit totor Bundesbruder, fiducit totor Kamerad. Sit tibi terra levis.

Ju. ■

Hitlers Südtirolpolitik 1938

Im tiefsten Schlaf, die Fenster fest verschlossen,
so fuhrst du durch das deutsche Südtirol,
du letzter Hoffnungsstrahl von 100000 Volksgenossen
Verräter Südtirols, oh fahre wohl!

Es sank die Hand, die schon zum Gruß erhoben,
doch nicht der Mut, der ewig uns beseelt,
als wir erfuhren, dass auf dem deutschen Brenner droben
die Grenze bleibt die in Saint Germain bestellt.

Mag der VB auch die Geschichte fälschen,
wir Söhne Hofers halten treue Wacht,
uns bringt kein schöner Trinkspruch rüber zu den Welschen
und keine 80 Millionen Macht.

Wiedergeben in Fritz Molden „Fepolinski und Waschlapski auf dem berstenden Stern“ Molden Verlag, S 110 f.

Ju.

Impressum:



Medieninhaber und Herausgeber:

Kuratorium der
ÖVP-Kameradschaft der
politisch Verfolgten und
Bekenner für Österreich,
1080Wien
Laudongasse 16
Tel: 01/406 11 44
Fax: 01/401 43-350

Fotos: Archiv, Hans Philipp,
ÖVP privat

Satz/Umbruch: Tanja Pichler,
1080 Wien, Stolzenthalerg. 15

Druck: Druckerei Lischkar,
Migazziplatz 4, 1120 Wien